

37/1995

Generalsekretär Peter Hintze:

## Neuer SPD-Chef mit Linksfront-Strategie

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner, am 17. November erklärte Generalsekretär Peter Hintze zur Wahl des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine zum neuen SPD-Vorsitzenden:

**1.** Die Situation der Sozialdemokraten ist von inhaltlicher Orientierungslosigkeit und personellem Verschleiß gekennzeichnet. Die SPD leistet sich den vierten Vorsitzenden (Vogel/Engholm/Scharping/Lafontaine) in acht Jahren. Die Abwahl Rudolf Scharpings durch einen inszenierten Putsch bedeutet für die SPD nicht die Lösung, sondern viel eher die Eskalation ihrer Krise. Denn mit einem Vorsitzenden Lafontaine hat sich die SPD mehr neue Schwierigkeiten eingehandelt, als alte Fragen geklärt.

**2.** Der 16. November war auch der Anfang vom Ende der politischen Autorität von Johannes Rau. Er konnte sich gegen die Intrigen der Enkel nicht mehr durchsetzen. Damit ist auch in Düsseldorf seine Führungskraft gebrochen.

**3.** Die politische Hinrichtung von Mannheim hat auch die SPD-Opposition im Bundestag schwer beschädigt. Scharping ist um seine Autorität gebracht. Über kurz oder lang wird er vom Fraktionsvorsitz zurücktreten müssen.

Fortsetzung auf Seite 3

### HEUTE AKTUELL

#### ● Sozialdemokraten

Christoph Bergner: Lafontaine schätzt die SPD im Osten falsch ein. Seite 2

Der Handstreich gegen Scharping. Seite 7

#### ● CDU im Internet

... bin gespannt, was die Studenten („German Studies“) dazu sagen. Seite 17

#### ● Landesparteitage

Peter Müller neuer Vorsitzender der CDU Saar. Seite 24

Ottfried Hennig: Unser Programm ist ein Zukunftsentwurf für Schleswig-Holstein. Seite 26

#### ● Mitgliederwerbung

Schulung der CDU-Beauftragten. Seite 29

### Dokumentation

Nie wieder Sozialismus? Die Ziele der SED-Fortsetzungspartei. Eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS. Grüner Teil  
Die Dokumentation ist ab sofort auch als Broschüre zu haben: Siehe letzte Seite.

Christoph Bergner:

## Lafontaine schätzt die SPD im Osten falsch ein

**Zur Wahl von Lafontaine auf dem SPD-Parteitag in Mannheim erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag in Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner, aus ostdeutscher Sicht:**

Zum einen ist festzuhalten, daß die Umstände dieser Wahl im Osten, wo man nach Glaubwürdigkeit in besonderer Weise fragt, nicht unbedingt geeignet sind, Glaubwürdigkeit zu festigen. Man hat einen Vorsitzenden mit einem aufwendigen Basisverfahren auf den Schild gehoben, und die Kabale einer Wahlnacht bringt ihn zum Sturz.

Entsprechende Reaktionen habe ich im Gespräch mit Bürgern in den neuen Bundesländern bereits gestern feststellen können.

Zweitens, und da weiß ich mich ausnahmsweise sogar einmal mit Ministerpräsident Stolpe einig: Lafontaine ist im Osten eine fragwürdige Symbolfigur, und zwar deshalb, weil er im Prozeß der deutschen Einheit und nach Herstellung der Einheit eine Teilungs- und Entsolidierungsdebatte losgetreten hat.

Wir haben dies jedenfalls nicht vergessen, und ich kann sehr gut verstehen, wenn die SPD des Ostens – namentlich nun Herr Stolpe – bei Lafontaine, was sein Verhältnis zum Osten betrifft, Klärungsbedarf anmeldet.

Ich glaube, daß hier ein generelles Dilemma der SPD zum Ausdruck kommt. Es scheint mir nämlich auch symptomatisch für die Partei zu sein, daß gegen den Wi-

derstand der ostdeutschen SPD-Delegierten das geplante wirtschaftspolitische Forum zur Lage in den neuen Bundesländern von der Tagesordnung des Parteitags abgesetzt wurde.

Letzter Punkt: Im Osten wird besonders aufmerksam die demonstrative Indifferenz Lafontaines gegenüber der PDS registriert, die sich in dem Termin ausdrückt, den er mit Gysi hat.

Dabei erwarten wir auch beispielsweise für Sachsen-Anhalt, daß vertiefende Bündnisabsprachen in der Zusammenarbeit SPD/PDS geführt werden.

Ich mache darauf aufmerksam, weil wir in Magdeburg und in Sachsen-Anhalt, was diese Frage angeht, ganz besonders empfindlich sind, und sage: Dieser Termin Lafontaine-Gysi könnte zu einem Meilenstein auf dem Weg der SPD zu einem Schulter-schluß mit der PDS im Osten werden.

Hier liegt aber voraussichtlich eine Fehleinschätzung Lafontaines über die Lage der SPD im Osten vor, die ein Teil seiner Unkenntnis über die Verhältnisse in den neuen Ländern ist.

Die SPD im Osten wird – und das wissen nachdenkliche Genossen – von einem solchen Schulterschuß nicht profitieren. Es ist vielmehr absehbar – und Umfragen zeigen dies bereits –, daß wir zu einer Polarisierung kommen und daß Lafontaine sogar sein Heil darin wird suchen müssen, die PDS zur ostdeutschen Schwesterpartei zu machen. Denn die SPD geht bei dieser Zusammenarbeit auch im Osten vor die Hunde.

Fortsetzung von Seite 1

**4.** Die SPD leidet unter einer ideologiebedingten Wahrnehmungsblokade, was die Wirklichkeit betrifft. Klaus von Dohnanyi hat dies soeben in einem bemerkenswerten Aufsatz in der FAZ noch einmal eindringlich dargestellt und mit Beispielen aus der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik der SPD belegt. Um ihre Regierungsfähigkeit zurückzugewinnen, müßte die SPD sich der Wirklichkeit wieder annähern. Von Lafontaine ist genau das nicht zu erwarten. Er wird die Politik der SPD noch stärker ideologisieren. Das zeigt allein schon sein Vorstoß zur Bosnienpolitik auf dem Mannheimer Parteitag. In einem Augenblick, in dem sich die Position der SPD-Bundestagsfraktion zu entkrampfen schien, verkündete Lafontaine das Primat der Ideologie und verweigerte sich einer voll verantwortlichen und solidarischen Bündnispolitik Deutschlands. So aber führt man Deutschland nicht in die weltweite Gemeinschaft des 21. Jahrhunderts, sondern in die internationale Isolation des ausgehenden 19. Jahrhunderts zurück.

**5.** Mit der Wahl Lafontaines sind die Fronten klar: Auf der einen Seite steht die Regierungskoalition der Mitte, auf der an-

deren ein linkes Lager, das neben Rot-Grün potentiell auch die PDS umfaßt. Oskar Lafontaine hat ja deutlich gemacht, daß er den Schulterschuß selbst mit den SED-Fortsetzern von der PDS sucht.

**6.** Wenn es überhaupt eine Kontinuität bei Oskar Lafontaine gibt, dann diese: Er hat sich immer wieder als politischer Hasardeur mit ausgeprägtem Linksdrall erwiesen. Wir haben nur eine ganz kleine Auswahl von Beispielen und Zitaten zusammengestellt, die deutlich machen, daß Oskar Lafontaine schon so ziemlich alles in Frage gestellt hat, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Erfolgsgeschichte der deutschen Politik ausmacht. **(Siehe Seite 5: Oskar Lafontaine: Standpunkte)**

**7.** Damit nicht genug: Oskar Lafontaines eigene Bilanz im Saarland diskreditiert ihn als verantwortlichen Politiker – vor allem als Wirtschafts- und Finanzpolitiker. Die kargen Zahlen und Fakten aus dem Saarland hören sich natürlich nüchterner an als eine hochemotionale Parteitagsrede, aber sie sprechen eine deutlichere Sprache. **(Siehe Seite 4: Lafontaines Bilanz im Saarland)**

**8.** Den größten Anlaß zur Sorge bereitet

**Bild-Kommentar**

**So geht's nicht!**

*Bei allem Respekt, Oskar – so einfach läßt's sich nicht argumentieren: Kohl hat die Block-Parteien, ich schmuse mit der PDS – warum also die Aufregung?*

*Ost-CDU und Bauern-Partei sind in der Union aufgegangen, ihre Mitglieder dem Grundsatzprogramm der*

*CDU, der Partei Konrad Adenauers, verpflichtet – Demokraten!*

*Keine Wahlfälscher in der Führung, keine Spitzen-IMs in den eigenen Reihen und vor allem kein Traum von der Neuauflage einer Reform-DDR!*

*All das aber ist der unmittelbare SED-Nachfolger PDS – deshalb zu Recht im Visier des Verfassungsschutzes.*

*Das ist der Unterschied, Oskar – ganz schlicht und ganz einfach.*

## Lafontaines Bilanz im Saarland

- Die Lafontaine-Politik hat den Haushalt des Saarlandes völlig zerrüttet. 1992 konstatierte das Bundesverfassungsgericht für das Saarland eine „extreme Haushaltsnotlage“ (Urteil vom 27. 5. 1992).
- Durch Sonderergänzungszuweisungen des Bundes ist jetzt wenigstens eine Teilentschuldung erreichbar. Aber noch immer hat das Saarland die mit weitem Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer. Schuldenstand zum Jahresende 1994: 13.062 DM pro Kopf.
- Das Wirtschaftswachstum ist in allen Jahren, in denen Lafontaine im Saarland regiert, deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurückgeblieben. Realer Anstieg des Bruttoinlandsproduktes 1994 gegenüber 1993: Deutschland 2,8 Prozent, Saarland 1,8 Prozent.
- Überdurchschnittlich ist dagegen die Arbeitslosenquote gestiegen. Das

Saarland weist die höchste Arbeitslosenquote aller westlichen Flächenländer auf.

- Das Beschäftigungsdefizit des Saarlandes ist immens. Hätte sich das Saarland unter der Verantwortung Lafontaines so entwickelt wie im Bundesdurchschnitt, hätten in diesem Land 40.000 Arbeitsplätze mehr entstehen müssen, als tatsächlich entstanden sind.
- Das Saarland weist eine weit unterdurchschnittliche Frauenerwerbsquote auf.
- Bei einem Vergleich der Standortqualität europäischer Regionen hat das Saarland unter 150 Regionen den 130. Platz belegt. Dies erklärt, warum nach einer Umfrage der IHK Saarland vom Oktober 1993 rund 30 Prozent der Unternehmen an eine Produktionsverlagerung denken.

Lafontaines verhängnisvolle PDS-Neigung. Lafontaine ist dabei, seine Partei auf eine gefährliche Linksfront-Strategie einzuschwören – gefährlich für die SPD und für unsere Demokratie. Das geplante Treffen mit Gysi ist geeignet, die letzten Hemmschwellen in der SPD niederzureißen. Wenn der Vorsitzende einer großen demokratischen Partei den Vertreter der SED-Fortsetzungspartei zum politischen Tête-à-tête trifft, dann ist dies ein beispielloser Vorgang. Oskar Lafontaine entehrt die demokratische Tradition der Sozialdemokratie, indem er dem Erben des Unrechtssystems eigenhändig das scheindemokratische Mäntelchen umhängt. Damit kündigt er die Solidarität der Demokraten zugunsten der Solidarität der Linken. Ich

fordere Oskar Lafontaine auf, das Treffen mit Gysi wieder abzusagen.

- 9.** Radikale kann man nicht bekämpfen wenn man mit ihnen den Schulterstoß probt – man wertet sie so nur auf, man macht sie salonfähig.
- Die CDU wird auch künftig entschieden gegen alle Radikalen kämpfen – gegen die Radikalen von rechts wie von links. Hier sind sich im übrigen alle in der CDU einig. Wir wollen der PDS Wähler abspenstig machen – vor allem jene Protestwähler, die für die PDS stimmen, weil sie in ihr irrtümlich ein geeignetes Sprachrohr und eine Interessenvertretung für die ostdeutsche Bevölkerung sehen. Um diese Wähler wollen wir werben.

## Lafontaine: Standpunkte

● 1983 stellte Oskar Lafontaine die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in Frage: „**Die Bundesrepublik muß das Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO wagen . . .**“

(Zitat aus: Oskar Lafontaine, „**Angst vor den Freunden**“, zitiert nach: dpa, 29. August 1983)

● 1985 wollte er die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen: „**. . . man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden (muß), daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt.**“

(FAZ, 15. November 1985)

● 1987 war er sich mit dem SED-Politbüromitglied Joachim Herrmann darin einig, daß - so das Kommuniqué der Staatskanzlei in Saarbrücken - „**die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter weitere Fortschritte in den Beziehungen beider Länder ermöglichen würde.**“

(Reuter, 3. Juni 1987)

Zum 1. Januar 1988 strich das Saarland denn auch den Zuschuß für die Erfassungsstelle ersatzlos.

● 1987 äußerte er über die DDR: „**Die DDR . . . ist unter Erich Honecker ein wirtschaftlich leistungsfähiger...Staat geworden.**“

(Spiegel, 24. August 1987)

● 1989 forderte Lafontaine zu einem Zeitpunkt, als das SED-Regime noch nicht entmachtet war, man sollte den Deutschen im Osten „**nicht den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen.**“

(Welt, 27. November 1989)

● 1990 opponierte er so massiv gegen den Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion - und damit gegen den entscheidenden Schritt zur deutschen Einheit -, daß er intern sogar mit der Rückgabe seiner Kanzlerkandidatur drohte.

(nach: Frankfurter Rundschau, 21. Mai 1990, Spiegel, 21. Mai 1990)

Erst unter dem massiven Druck seiner eigenen Partei (Erhard Eppler: „**Da ist jemand großwahnsinnig geworden!**“, Berliner Morgenpost, 22. Mai 1990) lenkte Lafontaine widerwillig ein.

● Schon damals konnte ein enger Schulterschuß zwischen Gysi und Lafontaine registriert werden. Kommentator der Süddeutschen Zeitung: „**Die Herren Lafontaine und Gysi sind sich zumindest darin einig, den Vereinigungsprozeß abzubremsen und aufzuhalten . . .**“

(SZ, 24./25. März 1990)

Die Partei, das Programm, die Funktionäre der PDS aber werden wir bekämpfen. Wir werden die inhaltliche Auseinandersetzung führen über das, was die PDS heute repräsentiert. Das heißt nicht, daß wir mit ihr über Inhalte kungeln. Es bedeutet, daß wir die deutsche Bevölkerung darüber aufklären, wofür die PDS wirklich steht - für

eine andere Republik, ein anderes Deutschland, einen zweiten Sozialismusversuch.

**Siehe Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe:  
Nie wieder Sozialismus?**

## Paul Krüger: Eine schlechte Wahl für den Osten Deutschlands

Die Wahl Lafontaines ist eine schlechte Wahl für den Osten Deutschlands. Lafontaine hat 1990 als Kanzlerkandidat gegen die deutsche Einheit Stimmung gemacht. Unvergessen ist sein Wort, die Bürger im Osten dürften keinen Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme im Westen haben.

In seiner Funktion als Ministerpräsident hat er in vielen Situationen, so auch bei den Verhandlungen zum Solidarpakt, bewiesen, daß eine kontinuierliche Förderung der neuen Bundesländer nicht sein Thema ist. Die Wahl Lafontaines ist mehr als alles andere symptomatisch dafür, daß das Desinteresse der SPD an der Lage in den neuen Ländern weiter wächst.

## Michael Glos: SPD vor dem Abgrund

Die Wahl Lafontaines zum Parteivorsitzenden der SPD ist eine Verzweiflungstat der Parteitagsfunktionäre. Die von allen guten Geistern verlassen Genossen sind auf Lafontaine, den Blender von Mannheim, hereingefallen.

Die Konsequenzen sind verheerend: Der Bankrotteur aus dem Saarland schwingt sich auf, seine gescheiterte Wirtschafts-

und Finanzpolitik zur Marschroute für die SPD zu machen. Statt der erhofften Modernisierung des Wirtschaftskurses der SPD Rückfall in gescheiterte Klassenkampf- und Verteilungsparolen. Es ist eine abenteuerliche Vorstellung, daß der Pleitier aus Saarbrücken, der sein Land an den Rand des finanziellen Abgrundes geführt hat, in dieser wichtigen Phase deutscher Politik den Kurs der SPD bestimmen wird.

## Auch die FDP erwartet einen Linksrutsch

FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle bezeichnete die Wahl von Lafontaine zum SPD-Vorsitzenden als Richtungsentscheidung der Sozialdemokraten. Jetzt stehe ein Mann an der Spitze der SPD, der die Deutsche Einheit als Kanzlerkandidat nicht wollte, der mit der PDS-Führung Kontaktgespräche führen will und treibende Kraft gegen die vernünftige Haltung der SPD-Bundestagsfraktion in der Bosnien-Frage ist. Westerwelle betonte, er erwarte von der SPD unter Lafontaine, der ein erklärter Befürworter von Rot-Grün sei, einen kräftigen Linksrutsch. Weil Lafontaine das Gegenteil einer Integrationsfigur sei, werde seine Wahl weder das strukturelle Führungsproblem lösen noch die interne Zerstrittenheit der SPD beenden.

### Ministerpräsident Kurt Biedenkopf:

*Daß die PDS eine Volkspartei wird, halte ich für ziemlich unwahrscheinlich, denn die PDS hat auf die Zukunftsfragen überhaupt keine Antworten. Sie verspricht Geborgenheit, ohne zu wissen, wie; sie verteilt Geld, das hier nicht erarbeitet wird; sie macht Versprechungen, die sie nie einlösen kann; sie überfordert den Staat, um zu beweisen, daß der freiheitliche Staat*

*unfähig ist, die Probleme der Menschen zu lösen. Das einzige, was wir von der PDS im Landtag des Freistaates Sachsen hören, sind mehr und mehr und mehr Forderungen an den Staat. Ich habe noch niemanden aus der PDS gehört, der an die Bürger appelliert hat, die Probleme selbst zu lösen. Nur das ist aber der Weg in einer freiheitlichen Gesellschaft. Und Freiheit, freiheitliche Politik bedeutet immer Kampf.*

# Der Handstreich gegen Scharping

Schneller als üblich, geradezu aus dem Stand nehmen die Kommentatoren bereits einen Tag nach dem handstreichartigen Führungswechsel in der SPD den neuen Vorsitzenden aufs Korn. Oskar Lafontaine scheint nur allzu bekannt zu sein, als daß erst lange auf Be- weise dafür gewartet werden müßte, was er vorstellt und wofür er steht.

**„Für was steht Lafontaine?“ fragt der Kommentar in „Bild“ vom 17. November und fragt gleich weiter:**

*Für einen Linksrutsch? Wird er mit Grünen und PDS gegen die Bastion der Bonner Koalition anrennen? Wie Robin Hood den Reichen nehmen und den Armen geben?*

**„Stetigkeit“ gehört jedenfalls, so schreibt die „Rheinische Post“ am 17. November, „nicht zu den hervorstechenden Merkmalen dieses intelligenten Politikers“. Und allgemein bekannt ist auch, „daß ihm die Einheit des Landes“ kein „überragendes nationales Anliegen“ war. Weiter heißt es:**

*Auch die sich anbahnenden Kontakte zwischen der SPD Lafontaines und der linksradikalen PDS verheißen wenig Gutes. Es spricht doch Bände und wird auch vielen Sozialdemokraten zu denken geben, daß PDS-Bisky die Wahl Lafontaines so euphorisch kommentiert, als breche eine neue politische Morgenröte an. Mit Lafontaine als neuer Nummer eins dürften sich die Tendenzen nicht nur an den Rändern der SPD verstärken, die Bildung sogenannter linker Mehrheiten unter Einschluß von Grünen und irgendwann auch der PDS auszuloten.*

**„Ob ausgerechnet Oskar Lafontaine der Mann ist, der die SPD zu alter Stärke zurückführen kann“, ist auch für die „Kölnische Rundschau“ vom 17. November „fraglich“. Die Zeitung vermutet deshalb:**

*Die Euphorie des gestrigen Vormittags wird nicht lange anhalten. Scharping wird sich vermutlich diszipliniert unterordnen, Schröder dagegen wird seine Loyalität davon abhängig machen, ob Lafontaine seine Kanzlerkandidatur unterstützt. Das scheint keineswegs beschlossene Sache. Fest steht, daß der neue Vorsitzende seine Partei wieder weiter nach links führen wird.*

**Von einem „Trainerwechsel“ spricht zurückhaltend das „Handelsblatt“ vom 17. November und kommentiert:**

*Mit Lafontaine ist an die Spitze der Partei ein ‚machtpolitischer Macher‘ gerückt, der sicherlich von anderem Schrot und Korn ist als Scharping. Aber Lafontaine ist auch ein Polarisierer, der seiner Partei viel abverlangen wird. Der Trainer ist gefeuert, Mannschaft und Präsidium feiern – mit dieser Rezeptur lassen sich möglicherweise kurzfristige Erfolge, aber noch lange keine Meisterschaften gewinnen.*

**Für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ist „sicher, daß Lafontaine sich mit jedwedem verbünden würde, der ihn dem Kanzleramt näher brächte“. Jedenfalls:**

*Unter Gesinnungsresten, wie sie Scharping belasteten, leidet Lafontaine nicht. Das bürgerliche Lager hat mit Lafontaine einen Gegner gewonnen, der sich auf das Populäre versteht und den man angesichts seiner Gabe zum Hakenslagen nur schwer fassen kann.*

# Lafontaines Außenpolitik ist europaaunfähig

## Zur Außenpolitik der SPD unter Lafontaine erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Der SPD-Parteitag hat den Einsatz von Kampfflugzeugen (ECR-Tornados) zum Schutz der internationalen Friedenstruppe für Bosnien und der hierfür vorgesehenen deutschen Aufklärungsflugzeuge ausgeschlossen. Damit verweigert die SPD praktische Solidarität mit den Anstrengungen der Völkergemeinschaft. Dieser Kurs richtet außenpolitischen Schaden an. Die Bundestagsfraktion der SPD wäre gut beraten, ihm deshalb nicht zu folgen. Auf jeden Fall wird die Bundesregierung nicht Rücksicht nehmen können auf einen sicherheitspolitischen Obstruktionskurs Lafontaines.

Die Mehrheit des Bundestages steht hinter der Politik praktischer Solidarität mit unseren Partnern, die die Bundesregierung beschlossen hat und die unsere Soldaten im ehemaligen Jugoslawien verwirklichen. Die SPD demgegenüber hat durch ihre Taktiererei die tiefen Unstimmigkeiten nicht einmal übertünchen können zwischen dem Kurs des neuen Vorsitzenden Lafontaine und dem Versuch einiger in der Bundestagsfraktion, die SPD aus der außenpolitischen Isolation zu führen.

Das Verlangen nach einer deutschen Sonderrolle, die sich aus der Bereitschaft zum Schutz der Partner davontiehlt, ist auch antieuropäisch. Die SPD unter Lafontaine will, daß für Deutschland andere Grundsätze gelten als für seine Partner in der Europäischen Union. Damit gefährdet sie das wichtige Ziel einer wirklich gemeinsa-

men Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, ein wesentliches Element der europäischen Einigung, die unverzichtbar ist, wenn wir dauerhaften Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Menschen in ganz Europa sichern wollen. Da nützt es auch nichts, wenn Lafontaine beteuert, er habe nicht in erster Linie nur die Nationalhymne, sondern die Internationale gesungen: die Internationale zu singen heißt noch nicht, europäisch zu denken und zu handeln.

Wesentlich ist: Die Politik der SPD unter Lafontaine paßt mit der unserer Partner in EU und NATO nicht zusammen.

Sie paßt demgegenüber zusammen mit Lafontaines feindseliger Einstellung zu der im Vertrag über die Europäische Union vereinbarten Wirtschafts- und Währungsunion. Auch hier hat die SPD Schaden angerichtet, weil sie in Europa Zweifel an deutscher Vertragstreue geweckt hat. Die Währungsunion wird ein Kernstück der europäischen Einigung sein. Sie muß richtig gestaltet werden, hierbei bringt die Bundesregierung ihr Gewicht ein. Aber die SPD, die zu Recht dem Maastricht-Vertrag im Parlament zugestimmt hat, darf jetzt nicht durch frei geschöpfte neue Voraussetzungen oder Ausflüchte à la Lafontaine die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zum Zieldatum gefährden.

Lafontaine führt die SPD auf einen Kurs in die Europaunfähigkeit, in die Bündnisunfähigkeit, in einen national orientierten Provinzialismus.

# Lafontaines 10-Punkte-Plan: Mehr Freizeit, weniger Arbeitsplätze

Zu dem am 21. November in „Bild“ vorgestellten 10-Punkte-Plan von Oskar Lafontaine erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:

Der Schwerpunkt von Lafontaines 10-Punkte-Plan liegt bei Freizeit, nicht bei neuen Arbeitsplätzen. In vier von zehn Punkten finden wir als Hauptforderungen allein in der Überschrift den Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung, mehr Freizeitausgleich sowie einer höheren Lebensqualität. So, Herr Lafontaine, kann keine zukunftsorientierte Politik für mehr Wachstum und Arbeitsplätze aussehen.

Die übrigen Forderungen sind alte Hüte, die bei der SPD auf dem Papier gefordert werden, bei deren Umsetzung sie jedoch kaum hilfreich mitwirkt.

So wird eine Stärkung von Ausbildung, Forschung und Wissenschaft gefordert. Wer hat denn das Meister-BAföG konzipiert und unterstützt die Entwicklung neuer, moderner Technologien? Die SPD ist bei allem ein Bremsler. Beim Meister-BAföG riskiert sie nun mit ihren übertriebenen Forderungen eine Verschiebung des für den 1. Januar 1996 vorgesehenen Inkrafttretens. Dies ist unverantwortlich gegenüber den Betroffenen.

Das Wort einer Mittelstandsoffensive führt die SPD zwar im Munde, doch bei konkreten Forderungen wie der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer und der mittelstandsfreundlichen Reduzierung der Gewerbeertragssteuer blockiert sie die Gesetzesvorhaben der Koalition in unerträglichem Maße. Die CDU/CSU ist die Partei des Mittelstandes.

Lafontaine fordert in seinen Worten eine massive Senkung der Lohnnebenkosten.

Was heißt dies denn konkret? Ist die SPD zu einer Reduzierung der Lohnfortzahlung bereit? Unterstützt sie die von uns vorgesehenen Reformen der Sozialversicherungssysteme, welche wir für unabdingbar halten, um deren dauerhafte Leistungsfähigkeit zu gewährleisten?

Lafontaine fordert eine Verlängerung der Betriebsnutzungszeiten. Heißt dies, daß an Samstagen auch gearbeitet werden soll, ohne daß Zuschläge für die Arbeitnehmer gezahlt werden sollen? Heißt dies auch eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, um allen Arbeitnehmern ausreichende Einkaufszeiten zu ermöglichen? Nein, die SPD verweigert sich in der Umsetzung ihrer eigenen Vorschläge in der konkreten Politik. Es werden plakativ Dinge gefordert, die praktisch mit der SPD nicht durchsetzbar sind.

Die Forderung nach einem Freizeitausgleich führt in die falsche Richtung. Wir brauchen nicht mehr Freizeit, sondern mehr Arbeit. Die 35-Stunden-Woche ist keine Antwort auf die anstehenden Probleme. Wir brauchen zwar Lebensqualität für die ostdeutschen Arbeitnehmer, wie Oskar Lafontaine fordert, vor allem wichtig sind aber wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, die dann eine höhere Lebensqualität mit sich bringen.

Die von Lafontaine geforderte Qualifizierungsoffensive ist eine Daueraufgabe. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen stimmen, dann werden auch wieder mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Die SPD gibt jedoch falsche Ratschläge, um die Daueraufgabe der Stärkung des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Deutschland zu erfüllen. ■

# Die Standorte für den Spitzensport sind gesichert

**Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte anlässlich des Besuchs der Arbeitsgruppe Sport an den Olympiastützpunkten Magdeburg/Halle und Thüringen – Bundesleistungszentrum Eischnellauf:**

Mitglieder der Arbeitsgruppe Sport der CDU/CSU haben sich vor Ort an den Olympiastützpunkten Magdeburg/Halle und Thüringen durch Gespräche mit Verantwortlichen, den Trainern und Sportlern über die gegenwärtige Situation informiert. Es wurde erneut deutlich, daß diese Begegnungen mit dem Sport vor Ort für zukünftige Entscheidungen sehr wichtig sind.

Die für den Leistungssport im Olympiajahr 1996 zur Verfügung gestellten Mittel wurden trotz knapper öffentlicher Haushalte erhöht. Dies macht deutlich, welche Bedeutung die Bundesregierung dem Spitzensport beimißt. Für Lehrgänge, Wettkampfmaßnahmen, die Beschäftigung von haupt- und nebenamtlichen Trainern und für den Behindertensport stehen mehr Mittel zur Verfügung als bisher. Auch bei den investiven Maßnahmen gab es keine Kürzungen. Die vom Haushaltsausschuß auferlegte qualifizierte Sperre von fünf Millionen DM wird aufgehoben, wenn der Sport das vorgelegte Konzept zur Konzentration des Stützpunktsystems umsetzt.

Dieses Konzept führt zu einer erheblichen Verschlankeung des Verwaltungsapparates, jedoch nicht zur Aufgabe von Standorten. Die durch Straffung der Organisation und Änderung der Struktur frei werdenden

Mittel werden nicht im Haushalt eingespart, sondern kommen in vollem Umfang den Athleten zugute. Nur so ist auf Dauer zu gewährleisten, daß unsere Athleten nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen trainiert und betreut werden können. Nur dann werden unsere Athleten eine faire Chance haben, mit der internationalen Spitze mithalten zu können.

Wir haben die Entwicklung des Spitzensports in den neuen Ländern in den vergangenen Jahren in hohem Maße gefördert. Die Hälfte des Mittelzuflusses geht in die neuen Länder und kommt den Athleten und Trainern direkt zugute: Der überwiegende Teil der investiven Mittel ist ebenfalls in die neuen Länder geflossen. Trotz immenser Bemühungen müssen wir einsehen, daß nicht alles Wünschenswerte auch machbar ist.

In Magdeburg wurde die multifunktionale Halle mit erheblichen Mitteln gefördert, in Erfurt die Leichtathletikhalle und seit der vergangenen Woche wird die Eislaufbahn auf das internationale Wettkampfmaß von 400 m gebracht und mit einer neuen Eistechnik ausgestattet. Allein dafür stellt der Bund 7,7 Mio. DM zur Verfügung. Jeder weiß um den hohen Leistungsstandard und die Bedeutung dieses Zentrums.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird den konstruktiven Dialog mit dem Sport fortsetzen, sie wird das direkte Gespräch mit den Athleten und Trainern weiterführen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird wie bisher ein verlässlicher Partner des Sports sein und den Spitzensport seiner Bedeutung gemäß fördern. ■

# Zielgenauere Förderinstrumente für bessere Wohnungsversorgung

Nach dem Mietenüberleitungsgesetz und der Neuregelung der steuerlichen Wohneigentumsförderung will Bundesbauminister Klaus Töpfer mit der Reform des sozialen Wohnungsbaus eine dritte wichtige wohnungspolitische Aufgabe lösen.

Töpfer sagte auf dem Gesamtverbandstag des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft (GdW) am 15. November in Dresden, Ziel sei, die soziale Treffsicherheit im sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, die Fehlsubventionierung soweit als möglich abzubauen und eine Marktspaltung zwischen sozialem und freifinanziertem Wohnungsbau durch eine stärkere Marktorientierung der Mieten zu vermeiden.

Töpfer betonte, im Mittelpunkt der Reform stehe die markt- und einkommensorientierte Weiterentwicklung der Förderinstrumente des sozialen Wohnungsbaus. Wichtig sei es, den Bewilligungsstellen ein flexibles Fördersystem an die Hand zu geben. Hierbei müßten die Hilfen der öffentlichen Hand nach der Einkommenssituation der Mieter differenziert werden; eine konsequentere Verzahnung von Objekt- und Subjektförderung sei hierzu erforderlich.

## Mietverzerrung abbauen

Die Reform des sozialen Wohnungsbaus könne nicht beim Neubau Halt machen. Notwendig sei die Einbeziehung des Sozialwohnungsbestandes. Die Koalitionsvereinbarung lege daher fest, die Grundprinzipien der einkommensorientierten Förderung auf den Bestand zu übertragen. Der Minister: „Das Bestreben muß sein, die Mietverzerrung der Sozialmieten untereinander und im Vergleich zu freifinan-

zierten Wohnungen abzubauen und die Einkommenssituation der Mieter stärker und gerechter als bisher bei der Wohnkostenbelastung zu berücksichtigen.“

Dabei sei auch über Modelle nachzudenken, die die bisherige Kostenmiete in sozialverträglicher Weise an die Vergleichsmiete heranführten und die Einkommensorientierung durch geeignete Förderinstrumente sicherstellten. Solche Lösungen würden die Ungleichbehandlung zwischen

Bundesbauminister Klaus Töpfer: Auch in Zukunft bildet der soziale Wohnungsbau einen wichtigen Pfeiler unserer Wohnungspolitik.

Mietern von Sozialwohnungen und von Mietern nicht öffentlich geförderter Wohnungen verringern.

In jedem Fall müsse sichergestellt werden, daß Mehraufkommen wieder für den Wohnungsbau, insbesondere den sozialen Wohnungsbau eingesetzt würden. Der Minister: „Auch in Zukunft bildet der soziale Wohnungsbau einen wichtigen Pfeiler unserer Wohnungspolitik.“

Töpfer unterstrich, daß er die Reform des sozialen Wohnungsbaus in enger Abstimmung mit den Ländern und den Verbänden vollziehen wolle. Dabei sei erfreulich, daß der GdW mit seinem Vorschlag zur Reform des sozialen Wohnungsbaus bei wichtigen Bausteinen, so zum Beispiel bei der Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe und der Orientierung an der Vergleichsmiete, die gleiche Zielsetzung verfolge. ■

# Zugang zum Schienennetz auch für Dritte

Die Hauptaufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren besteht darin, ein günstiges gesamtwirtschaftliches Umfeld für unternehmerische und selbständige Tätigkeit zu schaffen. Dabei wird sich die Wirtschaftspolitik noch mehr als bisher nach den Belangen der kleinen und mittleren Unternehmen richten müssen.

Es besteht überhaupt keine Frage, daß derzeit nur kleinere und mittlere Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland für mehr Beschäftigung sorgen, und nach meiner Auffassung kann der Mittelstand derzeit als wesentliche Kraft für die Dynamisierung des Standortes Deutschland angesehen werden. Ganz besonders trifft dies auch für den Bereich des Güterkraftverkehrs, der Speditionen und bei der Binnenschifffahrt zu. Über 90 Prozent des Gewerbes sind mittelständisch organisiert.

Generell gilt für die Politik zur Unterstützung der mittelständischen Betriebe, folgende Handlungsfelder aufzugreifen und rasche Entscheidungen zu treffen:

## ● Begrenzung der Abgabenbelastung:

Wir können bei allen Diskussionen nicht nur auf die Verantwortung der Tarifpartner hinweisen, was zu hohe Kosten anbelangt, sondern wir müssen auch von der Politik schnellstmöglich daran gehen, die mittelständischen Unternehmen sowohl steuerlich als auch im Bereich der Sozialabgaben zu entlasten. Als erster und wichtiger Schritt wäre deshalb die Streichung der Gewerbesteuer in den alten Bundesländern, um sie nicht in den neuen Bundesländern ab 1. Januar 1996 einführen zu müssen. Hier ist insbesondere der Bundesrat und die SPD-geführten Länder gefordert, weil nur mit deren Zustimmung eine diesbezügliche Lösung möglich ist.

## ● Privatisierung von Dienstleistungen:

Zur Öffnung von Märkten und zur Schaffung neuer unternehmerischer Tätigkeitsfelder müssen zusätzlich bisherige Monopole weiter privatisiert werden. Auch bei der Bahn AG muß darauf geachtet werden, daß

**Von Georg Brunnhuber,  
Mitglied der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion**

eine offene Konkurrenz möglich ist, und insbesondere im Bereich der Benutzung der Schienen durch Dritte müssen wettbewerbsfähige Möglichkeiten gefunden werden.

## ● Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsvorhaben:

Mit das größte Investitionshemmnis in unserer Republik ist die zu schwerfällige Bürokratie bei Planungen von neuen Investitionen und die zu lange dauernden Genehmigungspraktiken. Das Planungsbeschleunigungsgesetz ist hier der richtige Ansatz. Zur Verbesserung des Standortes Deutschland sind hier schnelle und rasche Schritte notwendig, da sie auch am direktesten Wirkung für den mittelständischen Betrieb erzielen. Ein Mittelständler kann sich nicht leisten, Investitionsvorhaben über Jahre hinweg zu diskutieren, bis endlich eine Genehmigung auf dem Tisch liegt. Dafür hat er nicht die Zeit und auch nicht das notwendige Geld. Hier wäre wirklich der Ansatz um echte mittelständische Förderung sichtbar zu demonstrieren.

Aus verkehrspolitischer Sicht kommen mittelstandsfördernde Maßnahmen in folgenden Verkehrsbereichen besonders zum Tragen:

## Telematik

Ich begrüße und wir von der CDU/CSU-Fraktion begrüßen es, daß die Bundesregierung intensiv darum bemüht ist, die Telematik im Verkehr voranzubringen. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen der Einführung der Verkehrsbeeinflussungsanlagen, mit denen der Verkehrsfluß verbessert werden soll, und darüber hinaus um Telematiksysteme zur Verbesserung der Verknüpfung und Vernetzung der Verkehrsträger untereinander. Dies kommt u. a. der Auslastung der Fahrzeuge zugute und erhöht so insgesamt die Effizienz im mittelständisch strukturierten Transportgewerbe.

## Zugang zum Schienennetz für Dritte

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt es, daß derzeit eine sogenannte Eisenbahninfrastrukturnutzungsverordnung in Vorbereitung ist, die einen diskriminierungsfreien Zugang für Dritte an dem Schienennetz zum Ziel hat. Die Bundesregierung wird von der CDU/CSU-Fraktion aufgefordert, dafür zu sorgen, daß diese Verordnung schnellstmöglich vorgelegt und auch umgesetzt wird.

## Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz

Dieses bereits am 19. Dezember 1991 in Kraft getretene Gesetz für die neuen Bundesländer hat sich für den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur hervorragend bewährt. Es ist deshalb zwingend notwendig, dieses Gesetz zu verlängern. Die Koalitionsfraktionen haben in der letzten Ausschusssitzung diesem Gesetz zugestimmt und wir fordern auch die Opposition auf, bei den weiteren Beratungen,

insbesondere auch im Bundesrat, diesem Gesetz zuzustimmen.

Um beim Güterkraftverkehr eine besondere mittelständische Förderung zu gewährleisten, sind selbstverständlich auch die Harmonie und Harmonisierungsbestrebungen auf europäischer Ebene von ganz entscheidender Bedeutung. Unsere mittelständischen Betriebe sind sowieso schon gegenüber den teilweise großen ausländischen Güterkraftverkehrskonzernen benachteiligt. Durch diesen harten internationalen Wettbewerb kommt der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen deshalb eine ganz besondere Bedeutung zu.

Wir unterstützen nachhaltig alle Bemühungen der Bundesregierung auf europäischer Ebene, und wir beantragen deshalb, bei nächster Gelegenheit darüber zu berichten, wie weit das gemeinsame Aktionsprogramm, das zwischen dem Straßengüterverkehrsgewerbe und dem Bundesministerium für Verkehr erarbeitet wurde, umgesetzt ist bzw. wie wir bei der Umsetzung schrittweise vorankommen.

Das Aktionsziel im fiskalischen, sozialen und technischen Bereich, eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zugunsten der deutschen Transportwirtschaft durchzusetzen, ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine gesunde mittelständische Struktur im gesamten Güterfernverkehr in der Bundesrepublik Deutschland.

Nicht verhehlen möchte ich, daß bei der Neuregelung der steuerfreien Tagegelder noch nicht alles so organisiert ist, wie wir uns dies vorstellen. Ich bin Herrn Staatssekretär Carstens und damit dem Bundesverkehrsministerium dankbar, daß es zusammen mit den Verkehrspolitikern der Regierungskoalition darauf drängt, beim Bundesministerium für Finanzen die Auslegung 'Tagegeld nur für den jeweiligen Kalendertag zu bezahlen' überprüft. ■

# Fahrplan zur Einführung der Euro-Währung

**Das Europäische Währungsinstitut (EWI), die Kernzelle der künftigen Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main, hat am 14. November den Fahrplan zur Einführung der Euro-Währung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die wichtigsten Punkte des Fahrplans sind:**

Das Europäische Währungsinstitut wird am 1. Januar 1999 zur Europäischen Zentralbank, deren Satzungsbestimmungen noch strikter formuliert sind als die der Deutschen Bundesbank. Die Europäische Zentralbank erhält die geldpolitischen Kompetenzen für die qualifizierten Mitgliedstaaten, die sich für die Währungsunion qualifiziert haben. Aus politischen Gründen müßten zumindest Deutschland und Frankreich unter den sich beteiligenden Mitgliedstaaten sein. Die Entscheidung über die Teilnehmerstaaten fällt mit qualifizierter Mehrheit bei einem EU-Gipfel voraussichtlich Anfang 1998. In Deutschland werden Bundesregierung, Bundestag und bei Anrufung auch das Bundesverfassungsgericht vorher prüfen, ob die vorgesehenen Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien erfüllen. Ende Dezember 1998 werden die Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen unwiderruflich festgelegt. Ab Januar 2002 werden die neuen Geldscheine und Münzen der europäischen Währung eingeführt (der reale Kaufkraftwert von Löhnen und Gehältern, von Renten und Ersparnissen bleiben dabei vollständig erhalten). Der Name der Währung wird auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember 1995 in Madrid festgelegt. Die EU-Finanzminister favorisieren den Namen „Euro“.

Jedes zweite Jahr nach Beginn der 3. Phase der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 wird geprüft, welche weiteren Mitgliedstaaten inzwischen die Konvergenzkriterien erfüllen und daher ebenfalls die europäische Währung einführen dürfen. Die Konvergenzbedingungen bleiben auch nach 1999 voll gültig.

Ende 1994 erfüllten lediglich Deutschland, Luxemburg und Irland die Konvergenzkriterien. Es wird erwartet, daß eine Gruppe von 5 bis 8 Mitgliedstaaten um Deutschland und Frankreich die Kriterien im entscheidenden Prüfungsjahr 1997 erfüllen werden.

## Finanzminister Waigels Vorschlag für einen „Stabilitätspakt für Europa“

Bundesfinanzminister Theo Waigel hat am 13. November für die Sitzung der EU-Finanzminister am 27. November 1995 und dem EU-Gipfel vom 15. bis 16. Dezember 1995 in Madrid einen Vorschlag für einen „Stabilitätspakt für Europa“ vorgelegt, in dem die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages für die dauerhafte Stabilität der künftigen Euro-Währung präzisiert werden. Der Stabilitätspakt soll von den EU-Mitgliedstaaten geschlossen werden, in denen die neue Euro-Währung eingeführt wird. Der Maastrichter Vertrag braucht hierfür nicht geändert zu werden, vielmehr wird der Stabilitätspakt eine vertragsähnliche bindende Vereinbarung sein, ähnlich dem Abkommen über das Europäische Währungssystem aus dem Jahr 1979. Die wichtigsten Punkte des Stabilitätspaktes, für die Theo Waigel bei seinen EU-Kolle-

## Einführung von Studiengebühren sind kein geeignetes Mittel

**Zur Einführung von Studiengebühren erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:**

Die Einführung von Studiengebühren ist nicht das geeignete Mittel, um die finanziellen Probleme der deutschen Universitäten und Hochschulen zu beheben. Diese Diskussion führt nur zu unnötiger Verunsicherung der Betroffenen. Es muß bezweifelt werden, ob Studiengebühren in Höhe von 1.000 DM pro Semester wirklich soviel Geld in die Kassen der Länder bringen, daß sich Ergebnis und Aufwand lohnen. BAföG-Empfänger wären sowieso von Studiengebühren ausgeschlossen.

Reiche Eltern hätten mit Studiengebühren für ihre Kinder zwar kein Pro-

blem. Aber für die große Zahl der Eltern, deren Einkommen nahe der BAföG-Bemessungsgrenze liegt, die mehr oder weniger ganz für das Studium ihrer Kinder aufkommen müssen, wären Studiengebühren eine unzumutbare zusätzliche Belastung.

Außerdem würden im Endeffekt sich Studienzeiten verlängern, da noch mehr Studierende dann einer Teilzeitarbeit zur Aufbesserung ihrer Finanzen nachgehen. Leistungsfähigkeit und Leistungswillen der Studierenden sowie die Qualität des Studiums sind die richtigen Ansatzpunkte, um unsere Hochschullandschaft wieder in Ordnung zu bringen. Jeder, der die Befähigung zum Studium hat, soll unabhängig von seiner finanziellen Situation studieren können.

gen am 30. September 1995 in Valencia „großes Interesse und Zustimmung“ gefunden hat, sind:

- Die Wachstumsraten der Staatsausgaben werden möglichst unter dem Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts gehalten.
- Beim öffentlichen Defizit darf die 3-Prozent-Grenze von Maastricht auch in wirtschaftlich ungünstigen Perioden nicht überschritten werden. Ab 1999 soll die Obergrenze 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in wirtschaftlichen Normallagen nicht überschreiten. Mit dieser Obergrenze soll ein notwendiger Sicherheitsabstand geschaffen werden, damit die 3-Prozent-Grenze auch in ungünstigen Zeiten eingehalten werden kann. Länder mit hoher Ausgangsschuldung verpflichten sich, möglichst die 1-Prozent-Grenze noch zu unterschreiten. Ausnahmen bei der 3-Pro-

zent-Obergrenze soll es nur mit Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der Teilnehmer an der Währungsunion in extremen Ausnahmefällen (z.B. Naturkatastrophen) geben.

- Ein Staat, der die 3-Prozent-Grenze ohne Ausnahmegenehmigung überschreitet, muß eine unverzinsliche Stabilitätseinlage bei der Europäischen Zentralbank hinterlegen. Die Höhe dieser Einlage beläuft sich auf jeweils 0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Mitgliedstaates pro angefangenem Prozentpunkt der Defizitüberschreitung.
- Sobald der Referenzwert für das öffentliche Defizit beim betroffenen Mitgliedstaat nicht mehr überschritten wird, wird die Stabilitätseinlage zurückgezahlt.
- Ist nach zwei Jahren die Obergrenze weiterhin verfehlt, wird die Stabilitätseinlage in eine Geldbuße an die EU-Kasse umgewandelt. ■

Bundespräsident Roman Herzog:

## Soldaten sind keine Mörder

In scharfer Form hat sich Bundespräsident Roman Herzog gegen eine pauschale Verurteilung von Soldaten als Mörder gewandt und die Bedeutung der Wehrpflicht unterstrichen. „Die Soldaten der Bundeswehr sind keine Mörder“, sagte er bei der Eröffnung der 35. Kommandeurstagung am 15. November in München und zeigte sich zugleich besorgt über die hohe Zahl der Kriegsdienstverweigerer.

Die Worte des Bundespräsidenten, daß die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts „nicht immer leicht zu lesen“ seien, hat „Die Welt“ vom 16. November aufgegriffen und kommentiert unter der Überschrift „Nicht leicht zu lesen“:

*Eine solche Merkwürdigkeit gibt es nicht in jedem Staat: In Deutschland geht - mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts - die Meinungsfreiheit soweit, daß sich ganz allgemein Soldaten als Mörder beschimpfen lassen müssen. Geschickte Propagandisten brauchen sich, um der Strafe zu entgehen, dazu nur einen Schutzmantel umzuhängen und zu sagen, sie bezögen sich ja nur auf ein Zitat von Tucholsky.*

*Daß dies ein unglücklich zu nennender Zustand ist und die Debatte darüber ebenso, hat auch der Bundespräsident erkannt. Vor den Kommandeuren der Bundeswehr ging Roman Herzog in entschuldigendem Tone soweit, zu sagen, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts seien nicht immer ganz leicht zu lesen. Und das stellt jemand fest, der dem Karlsruher Gericht selbst Jahre als Präsident vorstand. Jetzt, wo das „2. Mörder-Urteil“ vom 10. Okto-*

*ber vorliegt, sieht sich der Bundespräsident angesichts der offenkundigen und für den Bürger nicht mehr durchschaubaren Verworrenheit richterlicher Gedankenführung gar in die merkwürdige Rolle gezwungen, als das Verfassungsorgan Bundespräsident das Verfassungsorgan Bundesverfassungsgericht zu interpretieren. Ein in der Geschichte der Republik beispielloser Vorgang.*

**Auch der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, nahm zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Stellung und warnte: „Eine Gesellschaft, die hinnähme, daß Soldaten der Bundeswehr Mörder genannt werden, darf sich nicht wundern, wenn sich qualifizierte junge Leute dem Dienst als Soldat nicht mehr zur Verfügung stellen.“ Zur Bilanz, die Klaus Naumann als oberster Soldat der Bundeswehr zum Auftakt der Kommandeurstagung vorlegte, schreibt die „Kölnische Rundschau“ vom 16. November:**

*In einem beispiellosen Kraftakt wurde die Armee innerhalb von nur fünf Jahren völlig umgekrempelt: Längst kein Problem mehr ist heute die Übernahme der NVA und damit der Aufbau im Osten. Ebenso bewältigt wurde die Verringerung von insgesamt über 600.000 Mann zum Zeitpunkt der Vereinigung auf nur noch rund 340.000 Soldaten.*

*Zwar stehen jetzt erst die Rahmenbedingungen für die künftigen Krisenreaktionskräfte, dennoch bewies die Bundeswehr bereits in den jüngsten Jahren, daß sie auch größere Auslandseinsätze im Rahmen der UN meistern kann.*

Über 600 elektronische Briefe im „Gästebuch“

## ... bin gespannt, was die Studenten („German Studies“) dazu sagen

Seit über einem Monat ist die CDU mit ihrem Programm im weltweiten Datennetz Internet vertreten. Fast 40 Millionen Internetbenutzer weltweit, davon 2 Millionen Deutsche, können sich in unser Programm schalten. Sie werden bei uns über aktuelle politische Themen informiert und können mit uns ins Gespräch kommen.

Unter einer eigenen Rubrik, dem „Gästebuch“, können elektronische Briefe (E-Mails) an uns geschrieben werden. Sie werden genauso wie die übrige Post beantwortet; allerdings über den gleichen Weg auf dem sie gekommen sind, über E-Mail.

Bisher haben diese Möglichkeit bereits über 600 Personen genutzt. Die Zahl unserer Besucher liegt aber noch um ein vielfaches höher. Allein in den ersten drei Tagen am Netz, während des 7. Parteitages, besuchten uns mehr als 2000 Internetnutzer aus aller Welt.

Neben den Internetnutzern aus Deutschland haben wir aus dem internationalen Bereich vor allem aus den USA zahlreiche E-Mails erhalten. Das Echo auf unser Programm ist dabei überwiegend positiv. Die Nutzer schätzen den hohen Informationsgrad sowie die Aktualität unseres Programms.

From demos Sun Oct 22 22:30:00 1995  
 Received: by www.cdu.de (940816.SGI.8.6.9/930416.SGI.AUTO)  
 for post@www.CDU.DE id WAA13522; Sun, 22 Oct 1995 22:29:55 +0100  
 Date: Sun, 22 Oct 1995 22:29:55 +0100  
 From: demos (Demonstration User)  
 Message-Id: <199510222129.WAA13522@www.cdu.de>  
 Subject: Gaestebuch  
 Apparently-To: post

HTTP/1.0[isu-2511-01-a1s.isu.edu|134.50.252.1|Gaestebuch|Prof Dr Craig|Nickisch|Idaho State University|nickcrai@fs.isu.edu|USA-83209-8331 Pocatello, Idaho]

Server\_Protocol: HTTP/1.0  
 Remote\_Host: isu-2511-01-a1s.isu.edu  
 Remote\_IP\_Adresse: 134.50.252.1  
 Formular: Gaestebuch  
 Vorname: Prof Dr Craig  
 Nachname: Nickisch  
 Strasse: Idaho State University  
 PLZ\_Wohnort: USA-83209-8331 Pocatello, Idaho  
 e-mail: nickcrai@fs.isu.edu  
 Text:

Liebe Freunde! Ihre Home Page ist recht informativ, und ich habe vor (nehme an, Sie sind damit einverstanden), sie auch in meiner Home Page einzutragen. Wir fangen immer eifriger an, das Internet im Deutschunterricht zu verwenden - und die neue CDU-Home Page eignet sich sehr dazu. Bin gespannt, was die Studenten ("German Studies" u.s.w.) - und die Professoren, sogar - dazu sagen.

Herzlichst, Ihr Craig Nickisch, BVK

**E-Mail  
 aus USA:  
 Ein  
 Beispiel  
 von  
 vielen**

Manche hatten noch Probleme mit der Übertragung, aber soweit wir das von uns aus ändern konnten, haben wir es bereits getan. So können wir eine überwiegend positive Bilanz aus unserem ersten Monat am Netz ziehen.

Hans-Gert Pöttering:

## Von Madrid muß ein Signal ausgehen

**Europa, unser alter, sich immer wieder erneuernder Kontinent, befindet sich in einer entscheidenden Phase der Entwicklung. Unsere Generation war wie kaum eine Generation in der Geschichte Zeuge einer dramatischen historischen Entwicklung. In wenigen Jahren eröffnet sich uns mit dem Erreichen des Jahres 2000 das dritte Jahrtausend nach Christus.**

Das zu Ende gehende Jahrhundert hat Europa und die Welt mit zwei Weltkriegen verdunkelt, deren Dimensionen des Schreckens, des Leidens und der Not alles vorherige menschliche Begreifen und Vorausschauen übertraf. Und dennoch: die zweite Jahrhunderthälfte hat dem westlichen Teil Europas Entwicklungen des Friedens, der Demokratie und des Wohlstandes ermöglicht, wie sie so 1945 sicher erträumt, aber nicht für möglich gehalten wurden. Die friedliche Revolution in den Jahren 1989/90 in der Mitte und im Osten Europas, die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas haben unseren Kontinent und die Welt verändert.

Das zwanzigste Jahrhundert ist, wie kaum ein anderes, ein Beispiel für Licht und Schatten im Leben der Menschen und Völker. Europa steht nun vor großen Problemen und Aufgaben. Aber bleiben wir dankbar für den Wandel auf unserem Kontinent. Bleiben wir dankbar dafür, daß der menschenverachtende Kommunismus in Idee und Wirklichkeit gescheitert ist. Wir als Europäische Volkspartei sind immer dem Kommunismus entgegengetreten.

Wir als christliche Demokraten und in der Europäischen Volkspartei vereinigte Parteien müssen jetzt mit gleicher Entschlossenheit weiter an der Einigung Europas arbeiten, damit alle Völker unseres Kontinents in Frieden und Freiheit sowie sozialer Gerechtigkeit leben können.

Die Idee der friedlichen Einigung Europas ist die Antwort auf die europäischen Bru-

**Aus der Rede von Hans-Gert Pöttering, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, am 6. November auf dem Kongreß der EVP in Madrid**

derkriege nicht nur in diesem Jahrhundert, sondern auch davor. In der europäischen Vergangenheit war es immer das gleiche Szenario, das sich bis in die Mitte unseres Jahrhunderts wiederholen sollte - Bündnisse, Allianzen, Koalitionen, dieselben Begriffe für das grausame Spiel um Vorteile und Interessen, im günstigsten Falle um Gleichgewicht, das in der Regel nach kurzer Zeitdauer in sich zusammenbrach, um wieder dem Krieg den Weg zu bereiten. Es waren vor allem christliche Demokraten, die entschlossen, mutig und konsequent durch eine Politik der Verständigung, der Versöhnung und der Einigung

Europas unserem Kontinent eine bessere Zukunft eröffneten. Jean Monnet, Berater und Weggefährte Robert Schumans, hat es so formuliert: „Notwendig ist eine Vereinigung der Interessen der europäischen Völker und nicht einfach die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dieser Interessen.“ Diese Methode ist auch die Notwendigkeit für die Regierungskonferenz, die 1996 beginnen soll, und die Perspektive für das Jahr 2000 und die Zukunft danach. Jean Monnet war der Ansicht, das Problem der Souveränität müsse ohne Gedanken an Revanche und Vorherrschaft angegangen werden, Sieger und Besiegte müßten übereinkommen, die Souveränität gemeinsam über einen Teil ihrer zusammengefaßten Reichtümer auszuüben, um so ein Band zwischen ihnen zu schaffen, das den europäischen Völkern neue Möglichkeiten eröffnet.

### **Diese gemeinsam ausgearbeitete Souveränität ist Grundlage unserer Forderungen für die Regierungskonferenz 1996.**

Die Reichtümer Europas waren zu Beginn der 50er Jahre Kohle und Stahl, Reichtümer, aus deren Verfügbarkeit sich auch die Möglichkeit zum Führen von Kriegen ergaben. Die gemeinsame Ausübung von Souveränität über Kohle und Stahl, wie 1952 in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verwirklicht, sollte den Frieden dauerhaft sichern. Die Herausforderungen heute sind die Bewahrung der Schöpfung, die Gestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Bewältigung der Probleme der inneren Sicherheit, die Gestaltung eines Raumes ohne Binnengrenzen mit dem freien Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung, um nur einige Aufgaben zu nennen.

Die Nationen sind zu klein geworden, um diese Aufgaben für sich zu lösen. Sie stoßen an die Grenzen ihrer Möglichkei-

ten. Mit anderen Worten, die vielbeschwo-rene Souveränität der Staaten ist nicht geeignet, den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden. Es muß daher darum gehen, in der Europäischen Union die Souveränität, entsprechend der Methode von Jean Monnet, gemeinsam auszuüben und so „eine immer engere Union der Völker Europas“ zu verwirklichen. Die nächste Bewährungsprobe zur Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die bevorstehende Regierungskonferenz.

Schon heute sind die Strukturen der Europäischen Union für eine Gemeinschaft von fünfzehn Staaten mit ca. 370 Mio. Menschen unzulänglich. Dieses gilt um so mehr, wenn der Europäischen Union weitere Staaten beitreten. Wir dürfen die Hoffnungen der Menschen in den früher kommunistischen Staaten, die sich jetzt den europäischen Strukturen anschließen wollen, nicht enttäuschen. Die Weiterentwicklung der Union, die sogenannte Vertiefung, und die Erweiterung sind daher kein Gegensatz, sondern bedingen einander.

Die Europäische Volkspartei hat sich frühzeitig auf die Regierungskonferenz vorbereitet. Das Ergebnis der „Arbeitsgruppe Regierungskonferenz 1996“ liegt Ihnen vor. Erfreulich ist, daß die Mitgliedsparteien zahlreiche weitere Vorschläge unterbreitet haben. Hierfür möchte ich herzlich danken. Für uns, die Europäische Volkspartei, sind Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz die entscheidenden Maßstäbe für die Regierungskonferenz. Welches sind die vorrangigen Ziele für die Regierungskonferenz, die nach den Vorstellungen der Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Union in der ersten Jahreshälfte 1996 beginnen und 1997 abgeschlossen werden soll? Einige dieser Erwartungen, die diesem Kongreß als Vorschläge zur Beschlußfassung unterbreitet werden, lassen sich so beschreiben:

● Ein Grundrechts- und Menschenrechtskatalog sollte den die Europäische Union begründenden Verträgen vorangestellt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sollen sich auf gemeinsame Grund- und Menschenrechte berufen können.

● Die Europäische Union erhält die internationale Rechtsfähigkeit. Damit kann die Europäische Union in internationalen Organisationen vertreten sein. Im Rahmen ihrer zunehmenden Bedeutung als Weltpartner ist es unerlässlich, daß die Europäische Union auch den Vereinten Nationen, ihrem Welticherheitsrat und anderen internationalen Organisationen angehört.

● Die gesetzgeberischen Entscheidungen des Rates der Union müssen grundsätzlich mit Mehrheit gefaßt werden, wenn die Union handlungsfähig bleiben soll. Die Mehrheitsabstimmung im Rat entspricht der Methode von Jean Monnet. Durch gemeinsame Ausübung von Souveränität ermöglicht sie friedliche Konfliktlösungen auf der Grundlage geltenden Rechts.

● Das Europäische Parlament und der Ministerrat sollten bei der Gesetzgebung gleichberechtigt sein. Das gleichberechtigte Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments entspricht dem Demokratiegebot. Europäisches Parlament, von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union direkt gewählt, und der Ministerrat der Union, in den die nationalen Regierungen ihre Vertreter entsenden, sollten sich in einem Gleichgewicht befinden. Das Mitentscheidungsverfahren muß für alle Bereiche europäischer Gesetzgebung gelten.

● Der Kommissionspräsident und die gesamte Kommission bedürfen des Vertrauens des Europäischen Parlaments, sollen durch eine Abstimmung im Europäischen Parlament bestätigt werden. Der Vertrag von Maastricht hat schon zu einer große-

ren demokratischen Legitimation der Europäischen Kommission geführt. Wir machen Vorschläge für weitere Verbesserungen. Entscheidend ist, daß die Europäische Kommission keine von den Menschen entfernte Bürokratie darstellt, sondern von der Vertretung der Bürgerinnen und Bürger, im Europäischen Parlament, gleichsam gewählt und kontrolliert wird.

● Die Innen- und Rechtspolitik ist nach dem Vertrag von Maastricht intergouvernemental geregelt, d. h. sie beruht auf den Prinzipien der Regierungszusammenarbeit; Beschlüsse werden bisher einstimmig gefaßt. Diese Methode ist nicht geeignet, die schwerwiegenden Probleme der inneren Sicherheit zu bewältigen. Bestimmte Bereiche der Innen- und Rechtspolitik, z. B. die Asylpolitik, die Visa- und Zuwanderungspolitik, sollten schrittweise in die Gemeinschaftsverfahren einbezogen werden. Insbesondere ein mit operativen Befugnissen ausgestattetes europäisches Polizeiamt (EUROPOL) muß der Weisung der Kommission und der parlamentarischen Kontrolle durch das Europäische Parlament sowie der richterlichen Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof unterliegen. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, gegen die Schwermriminalität, gegen den Drogenhandel und die Mafia, bedarf zeitgemäßer Methoden. Die Kriminalität des Jahres 2000 kann nicht mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts erfolgreich bekämpft werden. Gerade bei der Verbrechensbekämpfung hat sich Europa zu bewähren.

● Die Europäische Union muß in die Lage versetzt werden, auch im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemeinsam zu handeln. Dieses kann nur erreicht werden, wenn bei den sogenannten „gemeinsamen Aktionen“, wie sie der Vertrag von Maastricht vorsieht, bei politischen, diplomatischen und humanitären Maßnahmen auf die Einstimmigkeit im Ministerrat verzichtet wird.

Auch hier sollte mit Mehrheiten, wenn auch mit besonders qualifizierten Mehrheiten, entschieden werden. Bei militärischen Einsätzen zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten sollte eine Minderheit von Staaten die Mehrheit am Handeln nicht hindern, andererseits sollte eine Minderheit gegen ihren Willen nicht zum gemeinsamen militärischen Handeln verpflichtet werden können.

Der europäische Einigungsprozeß, wie er sich in der Europäischen Union verwicklicht, ist ohne Beispiel in der Geschichte, er ist ein Prozeß „sui generis“. Kein Staatsrechts- und Völkerrechtsmodell findet darauf Anwendung. Auch im Interesse des europäischen Einigungsprozesses muß dem Eindruck entgegengewirkt werden, als würden die Nationen in der Europäischen Union gleichsam untergehen. Die Nationen werden und sollten als Ausdruck der Vielfalt Europas und als wichtiges Merkmal der Identifikation der Völker Europas erhalten bleiben. Entscheidend ist, daß neben die Nationalität zunehmend, vor allem auch im Bewußtsein der Menschen, die europäische Bürgerschaft tritt.

Die Bedeutung der Nation kann heute allerdings nicht mehr mit der Betonung des nationalen Machtinteresses begründet werden, wie es im vorigen Jahrhundert und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts der Fall war.

Die vorrangige Betonung des Nationalstaates wird den Gegebenheiten und Herausforderungen des Jahres 1995 in der Perspektive des Jahres 2000 nicht gerecht. Eine Überbetonung des Nationalstaates würde im übrigen die Gefahr der Renationalisierung mit sich bringen, und eine Renationalisierung Europas würde mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit erneut zum Nationalismus führen und damit die tragischen Irrtümer der europäischen Geschichte mit ihren Tragödien in die Gegenwart und Zukunft zurückholen.

François Mitterrand ist zuzustimmen, wenn er im Januar dieses Jahres vor dem Europäischen Parlament in Straßburg gleichsam wie in einem testamentarischen Vermächtnis erklärte: „... le nationalisme, c'est la guerre“, Nationalismus ist der Krieg! Somit ist die Einigung Europas im Kern eine Frage von Krieg und Frieden. Um es in den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg auszudrücken:

„Die Gespenster von Chauvinismus und Fundamentalismus sind eben nicht nur auf dem Balkan oder auf der anderen Seite des Mittelmeeres zu Hause. Wenn wir Frieden und Freiheit erhalten wollen, müssen wir den Weg zu einem geeinten Europa unumkehrbar machen.“

**Wir als Europäische Volkspartei wollen und müssen eine bürgernahe Politik gestalten. Deswegen muß von diesem Kongreß in Madrid ein Signal ausgehen.**

Wir müssen in den nächsten Monaten und Jahren verstärkt das Gespräch mit den Menschen suchen und ihnen deutlich machen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft. Aber mit dieser Aufgabe dürfen die Parteien nicht alleingelassen werden. Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen, insbesondere aber die Medien, müssen helfen, den Menschen die Bedeutung unserer gemeinsamen europäischen Zukunft zu verdeutlichen.

Ich möchte abschließen mit einem Zitat des Staatsoberhauptes von Spanien, mit Worten von König Juan Carlos I., der vor dem Europäischen Parlament erklärt hat:

„Die Zukunft wird unser sein, wenn wir an die Einheit glauben, wenn wir uns mit Bescheidenheit und Ausdauer dafür einsetzen, wenn wir großmütig und mit Weitsicht zusammenarbeiten.“

Frauen-Union verabschiedet Leitsätze:

## „Der Zukunft wegen: anders leben“

**Die Bilder im Fernsehen haben nicht getäuscht: Rita Süßmuth – mit 93,9 Prozent im Amt bestätigte Vorsitzende der Frauen-Union – erhielt Standing ovations nach ihrer Wahl am zweiten Tag des Bundesdelegiertentags mit 550 Delegierten und Gästen.**

Der Applaus galt nicht nur der Kämpferin der Frauen-Union um mehr politische Beteiligung von Frauen innerhalb der eigenen Partei, sondern auch ihrem Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, Anstöße in Politik und Gesellschaft zu geben, mit wachsamer Kritik zur Zukunftsfähigkeit der eigenen Partei beizutragen – kurzum: immer in die Zukunft zu denken.

„Man sieht nur mit dem Herzen gut, das Wesentliche ist für das Auge unsichtbar“, Rita Süßmuth wandelte diesen Satz Antoine de Saint-Exupéry's aus dem „Kleinen Prinzen“ um in „man denkt nur mit dem Herzen gut...“, als sie in ihrem politischen Bericht die Frauen ermunterte, keinesfalls nach der um Haaresbreite verfehlten Satzungsänderung in Karlsruhe zu resignieren. Die Mehrheit innerhalb der Partei sei sehr wohl für mehr Beteiligung der Frauen. Sie riet dazu, den „Drehtüreffekt“ zu nutzen, das heißt, immer wieder hereinzukommen, wenn Frauen ausgeschlossen werden sollten. Gleichzeitig forderte sie aber zu größtmöglicher Solidarität der Frauen untereinander auf, um endlich eine Quote zu erreichen, die nicht mehr nur abhängig ist von dem, was die Männer zulassen: „Wir lassen uns nicht fremdbestimmen, wir wollen selbst bestimmen.“

Wer das Motto „Der Zukunft wegen: anders leben“ dem Zeitgeist geschuldet glaubte, sah sich getäuscht. Die Frauen-Union ist mit ihren Forderungen nicht nur

sich selbst treu geblieben, vielmehr sieht sie sich mehr und mehr in der Kontinuität ihrer alten Forderungen. „Wir tragen Verantwortung für die Schöpfung. Wir tragen Verantwortung für das Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt. Wir müssen deshalb unser Handeln nicht nur am „Subsidiaritätsprinzip und am Solidaritätsprinzip orientieren, sondern auch am Prinzip der Gesamtvernetzung (= Retinitätsprinzip)“ – heißt es im Leitantrag.

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Um-

### Bericht vom Bundesdelegiertentag der Frauen-Union am 4./5. November 1995 in Bonn

welt, Energie, führte in das Thema ein. Eine Woche zuvor hatte er der Öffentlichkeit die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vorgestellt, die vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Katholischen Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR in Auftrag gegeben worden war. Mit seiner Formel Faktor 4 der Ressourcenproduktivität zeigt er den Weg zu einem Wohlstand für mehr Menschen auf der Welt bei Abkehr von einem System der Ressourcenverschwendung mit allen Problemen der Entsorgung, unter denen die Ressourcen zu ersticken drohen.

In dieser Formel steckt das Konzept einer zukunftssicheren, umweltschonenden und dennoch profitversprechenden Wirtschaftspolitik. Ernst Ulrich von Weizsäcker erläutert, auf welche Weise der technische Fortschritt bei halbiertem Naturverbrauch eine neue Richtung erhalten, doppelten Wohlstand garantieren und

gleichzeitig zu einem deutlich spürbaren Zuwachs an Lebensqualität für alle führen kann. Auch die Anerkennung von Qualifikationen für vieles, was heute unter Eigen- und Nachbarschaftsarbeit zu verstehen ist, und in unserer Gesellschaft überwiegend von den Frauen geleistet wird, fordert er ein.

Angela Merkel, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, führte in den Leitantrag „Der Umwelt verpflichtet: Wege zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“ ein. In den Diskussionsbeiträgen wurde der Zusammenhang zwischen der Zukunftsfähigkeit des Standorts und der stärkeren Einbeziehung der Frauen deutlich. Auch Generalsekretär Peter Hintze zeigte sich überzeugt, daß sich Zukunftsaufgaben nur mit Frauen und Männern gemeinsam lösen ließen.

So hätten z.B. Isolationstests für lange Raumflüge ergeben, daß Frauen im Schnitt ausgeglichener auf chronischen Streß und Langeweile reagierten, Männer dagegen aggressiv wurden. Forscher seien daher zu der Auffassung gelangt, daß ge-

mischte Mannschaften besser seien. Und er fuhr fort: „Ich meine, in der CDU brauchen wir mehr denn je solche gemischten Mannschaften, nicht erst in Zukunft, sondern heute.“

Pfarrer Ulrich Weeger und Pastorin Regina Meinhof mahnten in ihrer Ökumenischen Andacht: „Wenn Ihr keine Gerechtigkeitsordnung auf dieser Welt aufbaut, werdet ihr in den härter werdenden Verteilungskämpfen auch Eure eigene Sicherheit reduzieren und Euren Wohlstand in Gefahr bringen.“ Für Wirtschaftskrisen, Kriege, vernichtete Umwelt seien die Menschen voll verantwortlich. „Wir sollten alle aufhören so zu tun, als stünde hier: Solange die Erde steht, soll es Satte und Verhungerte, Reiche und Arme, Kriege und Krisen geben. Wir müssen etwas tun, um die Zustände dieser Erde zu verändern, und zwar auf allen Ebenen. Viele hätten schon längst angefangen, mit dem Motto dieses Wochenendes ernst zu machen.“ Die meisten seien sich sehr wohl bewußt, daß dies der einzig richtige Weg sei und deshalb sei ein solcher Delegiertentag so außerordentlich wichtig.

**Wahl des Bundesvorstands der Frauen-Union 1995**

<b>Vorsitzende:</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Schriftführerin:</b>	<b>Stimmen</b>
Rita Süßmuth MdB	322		
<b>Stellvertr. Vorsitzende:</b>			
Gabriele Wiechatzek	306	Eva Maria	
Doris Pack	281	Henkel-Wybrands	312
Sabine Klenke	264		
Barbara Stober	245		
Ulrike Schreiber	178		

- Beisitzerinnen:**
- Gesine Matthes 295 • Otti Geschka 289 • Renate Diemers 261 • Irmgard Vogelsang 258
  - Elke Holzapfel 256 • Carmen Stange 255 • Karin Jeltsch 244 • Rita Pawelski 244 • Dr. Bärbel Steinkemper 243 • Ingrid Zahn 242 • Anne Karin Glase 228 • Karen Koop 226 • Rosemarie Krause 222 • Rita Fritz 210 • Ingrid Petzold 201 • Ina-Maria Krieg 192 • Esther Mikfeld 184 • Annemarie Engelhardt 178 • Ingeborg Spoerhase-Eisel 174 • Helga Hammer 173

Peter Müller neuer Vorsitzender der CDU Saar:

## Das Ziel heißt Regierungsübernahme

**Peter Müller, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Saarländischen Landtag, ist der neue Vorsitzende der CDU Saar. Auf ihrem Landesparteitag am 18. November in Dillingen wählten 94,3 Prozent der Delegierten den 40jährigen Juristen zum Nachfolger von Bundesbauminister Klaus Töpfer, der nach fünfjähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte. Stellvertreter wurden Klaus Meister, Daniela Schlegel-Friedrich, Peter Jacoby und Gaby Rauber.**

Töpfer hatte in seiner Abschiedsrede eine positive Bilanz seiner Arbeit gezogen. Die CDU Saar habe sich personell und inhaltlich erneuert und bei den letzten Landtagswahlen mit einem Zugewinn von 5,2 Prozent das Tor zur Regierungsübernahme 1999 aufgestoßen. Diesen Regierungswechsel brauche das Saarland angesichts eines Ministerpräsidenten, dem es augenscheinlich nur um seine persönliche Karriere, nicht aber um das Wohl des Landes ginge.

Im Hinblick auf die Wahl Lafontaines zum SPD-Vorsitzenden meinte Töpfer: „Das Pilotprojekt ‚Bezahlung des SPD-Vorsitzenden durch die saarländischen Steuerzahler unter dem Titel Ministerpräsident‘ sollten wir uns ersparen.“ Klaus Töpfer versprach den Delegierten unter lautem Beifall, er werde auch in Zukunft als Abgeordneter des Bundestages und als Bundesminister für die Interessen des Saarlandes eintreten und seinen Nachfolger tatkräftig unterstützen.

Peter Müller bekräftigte dieses Ziel. In seiner kämpferischen und mitreißenden Rede rechnete er schonungslos mit der SPD-Landesregierung und Ministerpräsident Lafontaine ab. Das Saarland habe die

faulste Regierung und den faulsten Ministerpräsidenten der Republik. In seiner zehneinhalbjährigen Amtszeit habe Lafontaine noch keines seiner Ziele erreicht.

Die Montankrise sei nicht bewältigt, die Zukunft der Kohle nicht gesichert, die Stahlindustrie lebe im Konkurs. Trotz der Mittel der Teilentschuldung laufe das Saarland Gefahr, Ende 1998 in einem finanziellen Chaos zu versinken.

Das Saarland brauche endlich ein Standortaufwertungsprogramm mit Offensiven für zukunftsorientierte Arbeitsplätze, für

Ein Bündnis zwischen SPD und PDS wäre ein Pakt der Gruftis der deutschen Politik.

Mittelstand und Handwerk. Die CDU-Saar habe dazu gute Vorschläge gemacht und werde weitere Konzepte anbieten.

Wenn Lafontaine als Vorsitzender der SPD den anderen Parteien zurufe „Zieht euch warm an, wir kommen“, dann habe er noch nicht gemerkt, daß die CDU Saar schon längst wieder da sei.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heiner Geißler ging hart mit der SPD und ihrem neugewählten Vorsitzenden ins Gericht. Die SPD habe sich in ihrer Oppositionszeit nicht erneuert und sage zu allem immer nur nein. Damit könne keine Zukunft gestaltet werden.

Deshalb sei ein Bündnis zwischen SPD und PDS inhaltlich ein Pakt der Gruftis der deutschen Politik. Die CDU müsse die Zukunft erarbeiten und gestalten und wie

in der Vergangenheit die großen Zeitfragen der Gesellschaft beantworten. Dazu sei es notwendig, in der Partei über die angestrebten Lösungen fair zu streiten.

Inhaltlich nutzte die CDU Saar den Parteitag, um ihr familienpolitisches Profil zu stärken. In einem Forum am Vorabend des Parteitages hatten die Delegierten Gelegenheit mit Bundesfamilienministerin Nolte und anderen Experten die familienpolitischen Leitsätze der CDU Saar „Für eine Familienpolitik der Zukunft“ intensiv zu diskutieren.

Familienministerin Claudia Nolte bekräftigte, daß die Familie kein Auslaufmodell sei, daß es aber notwendig sei, die Rahmenbedingungen für die Familien weiter zu verbessern. Die Delegierten folgen den Vorschlägen des Landesvorstandes und verabschiedeten das Papier mit großer Mehrheit. Darin fordert die Partei die zukünftige Koppelung der finanziellen Leistungen für Familien an die Lohnentwicklung, einen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder sowie eine weitere Ausdehnung von Erziehungsgeld.

Darüber hinaus begrüßte die CDU Saar in einem zweiten Leitantrag die Ansätze der Bundesregierung zur Reform der Sozialhilfe. Bei der Beratung der weiteren Anträge gab es insbesondere zu den Themen Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten und Einführung eines Frauenquorums heftige und kontroverse Diskussionen.

Mit Mehrheit forderte der Landesparteitag die Bundesregierung auf, bei einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten besonders die Interessen der Arbeitnehmer und der mittelständischen Unternehmen zu beachten. ■

## Neue Horizonte

Bereits am 1. und 2. März kommenden Jahres soll das erste europäisch-asiatische Gipfeltreffen in Bangkok stattfinden und damit das erste große Experiment für die Zusammenarbeit der beiden Kontinente. Wenn es gelingt, könnten sich neue Horizonte und Möglichkeiten der Kooperation eröffnen, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluß seiner Asienreise und vor seinem Heimflug am 21. November in Singapur.

„Wir können unseren lieb gewonnenen Wohlstand nur sichern, wenn wir die Kraft finden, auf den asiatischen Wachstumsmärkten wettbewerbsfähig zu sein“, zitiert „Die Welt“ vom 22. November die Formel, auf die der Kanzler sein eigentliches Reiseziel verdichtet hat, und kommentiert:

*Noch wird diese Herausforderung allzuoft unterschätzt, obwohl ihre Gefahren bereits spürbar sind. Die Auseinandersetzung um Arbeitsplatzgarantie und Besitzstandswahrung wirkt nicht selten grotesk. Im Vordergrund streiten sich noch die Tarifpartner um die Ausgestaltung eines Pförtnerplatzes, während hinter ihnen die Arbeitsplätze der ganzen Fabrik nach Osten verschwinden.*

*Der Standort Deutschland muß sich darauf einstellen, daß ihn die Wirtschaftsströme zwischen Europa und Amerika und erst recht der innereuropäische Wirtschaftsaustausch allein nicht sichern können.* ■

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

Ottfried Hennig:

# Unser Programm ist ein Zukunftsentwurf für Schleswig-Holstein

**Mehr als 800 Änderungsanträge und ein am Ende einstimmig verabschiedetes Regierungsprogramm für die Jahre 1996 bis 2000 kennzeichneten den Parteitag der CDU Schleswig-Holstein am 11. November in Neumünster.**

Der CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 24.

März 1996, Ottfried Hennig, machte schon zu Beginn des Parteitages deutlich, daß die CDU Schleswig-Holstein voller Optimismus in den Wahlkampf ziehe. Es gebe eine hervorragende Mannschaft von 45 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten, ein Programm, das nach einer breiten Diskussion in den Orts- und Kreisverbänden entstanden sei, Geschlossenheit und Einigkeit und den Willen zum Sieg.

In seiner mit langanhaltenden „standing ovations“ bedachten Rede streifte Ottfried Hennig nur kurz die Schubladenaffäre, die am 19. Dezember im schleswig-holsteinischen Landtag abschließend diskutiert werden wird. Das Lügengebäude der SPD sei in sich zusammengebrochen, niemand glaube mehr den Herren Engholm, Jansen und Nilius. Der CDU Schleswig-Holstein sei bitteres Unrecht geschehen, für das die Partei jetzt ein Stück Wiedergutmachung erfahre. 1987/88 habe die SPD die CDU bis in den letzten Ortsverband „gejagt“, wie die Ministerpräsidentin sagen würde.

Heute sei klar: Während in den Führungsgremien der CDU niemand etwas von Pfeiffers Machenschaften wußte, hätten einige führende Sozialdemokraten gemeinsame Sache mit ihm gemacht. Führende Sozialdemokraten hätten die Wähler über die vorgebliche eigene Op-

ferrolle, mit der Jagd auf die CDU und mit der eigenen Selbstüberhöhung wider besseren Wissens getäuscht. An die Adresse der SPD sagte Ottfried Hennig: „Wem die Kraft zur Selbstreinigung von den eigenen Sünden fehlt, dem fehlt auch die moralische Kraft zur Zukunftsgestaltung. Auch deshalb braucht Schleswig-Holstein den Wechsel.“

Das Regierungsprogramm der CDU, das von einer Programmkommission unter der Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Stritzl erarbeitet wurde, sei ein starkes Dokument des Willens zum Wechsel.

Der Übergang zum 21. Jahrhundert, der in die nächste Legislaturperiode falle, sei vor allem ein Gestaltungsauftrag. Oberstes

**Ottfried Hennig: Mit der CDU für Schleswig-Holstein die Zukunft gewinnen**

Ziel sei die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein im härter werdenden internationalen Wettbewerb. Dazu gehöre eine optimale Verkehrsanbindung mit der Autobahn A 20, der festen Elbquerung westlich von Hamburg, dem Transrapid, der weiteren Elektrifizierung, der Fehmarn-Belt-Querung und mit einer Verkehrspolitik, die den Verkehr optimal organisiert, anstatt ihn zu behindern.

Dazu gehörten mehr Flexibilität und Freiheit von bürokratischer Gängelung. Ottfried Hennig regte eine Gemeinschaftsinitiative für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze an, und kündigte an, daß er

sehr schnell nach dem Regierungswechsel zu einem Schleswig-Holstein-Gespräch einladen werde, bei dem Unternehmer, Gewerkschaften und Politik an einem Tisch die wirklich wichtigen Probleme des Landes erörtern sollten. Dann gehe es um eine neue Gemeinschaft aller Verantwortlichen für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Verbesserung der Infrastruktur und die Nutzung neuer Technologien.

---

## **Belastungen abschaffen**

---

An dem von Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers ausgeschriebenen Wettbewerb der technologiefreundlichsten Regionen müsse sich Schleswig-Holstein an der Spitze beteiligen und nicht so gut wie gar nicht wie unter der derzeitigen SPD-Landesregierung. Zur Standortsicherung gehöre aber auch eine klare Absage an die hausgemachten Belastungen wie Wassergröschchen, Müllmark, neue kommunale Bagatellsteuern, Wiesensteuer und Katastrophenschutzabgabe, die die Bürger des Landes mit ca. 100 Millionen DM jährlich belasten. Die im Regierungsprogramm versprochene Abschaffung dieser Belastungen hat übrigens die CDU-Landtagsfraktion in ihren Haushaltsanträgen für das Jahr 1996 schon umgesetzt und damit die große Geschlossenheit von CDU-Landesverband und Landtagsfraktion dokumentiert.

Dasselbe gilt für den Abbau der Bürokratie. Während unter der Verantwortung der Ministerpräsidentin Simonis allein in den Ministerien 454 neue Stellen geschaffen wurden, hat die CDU-Landtagsfraktion eine weitere Ankündigung des Regierungsprogramms schon umgesetzt. Bis zum Abbau dieser 454 Stellen sollen alle freiwerdenden Stellen in den Ministerien gestrichen werden. Zusammen mit einer zwölfmonatigen Wiederbesetzungssperre be-

stätigt dies Ottfried Hennigs Ankündigung: „Wir machen ernst mit dem Abbau der Bürokratie.“

Standortsicherung verlange aber auch Investitionen in die Bildung. „Die Qualität der Bildung bestimmt die Qualität des Standortes,“ sagte Ottfried Hennig. Deshalb werde die CDU mittelfristig 600 neue Lehrstellen schaffen, um den steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden. Dazu gehöre ein begabungsgerechtes Schulsystem, das nicht wie das der SPD auf Vereinheitlichung setze. Leistung müsse wieder im Mittelpunkt stehen, und deshalb müsse auch mehr über die Inhalte der Schulbildung, über Lehrpläne, und über Bildungsziele gesprochen werden. Schließlich brauche der Standort Schleswig-Holstein auch eine Politik, die den Menschen wieder Sicherheit gebe. Deshalb werde die CDU 500 neue Stellen für die Polizei schaffen, um die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Darüber hinaus forderte Ottfried Hennig ein neues geistiges Klima in Schleswig-Holstein. Das Land brauche wieder eine Politik, die allgemeinverbindliche Werte akzeptiere und vorlebe. Dies sei bei einer Landesregierung nicht der Fall, für die das Grundgesetz und die Landesverfassung zur fast beliebigen Disposition der Parteipolitik stehen. Ottfried Hennig erinnerte an die Niederlagen der SPD-Landesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht bei der gescheiterten Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts und jetzt beim sogenannten Mitbestimmungsgesetz.

---

## **SPD-Politik verfassungswidrig**

---

Der Europäische Gerichtshof habe die rigorose Gleichstellungspolitik gestoppt, gegen das Landesnaturschutzgesetz klage die CDU-Landtagsfraktion, und Wassergröschchen und Müllmark stünden ebenfalls zur Überprüfung durch das Bundesverfas-

## Dank an die Soldaten der Bundeswehr für ihr Engagement für Frieden und Freiheit

**Gleich „zwei Gründe zum Feiern“ hat Generalsekretär Peter Hintze auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU am 20. November in Eckernförde genannt: 40 Jahre Bundeswehr und fünf Jahre Armee der Einheit.**

Hinreichend Anlaß, „den acht Millionen Männern und auch Frauen, die seit 1955 in der Bundeswehr als Berufs- und Zeitsoldaten sowie als Wehrpflichtige ihren Dienst geleistet haben, für ihr Engagement für Frieden und Freiheit zu danken“.

Den Bundestagsbeschluß vom 21. September 1994, bei dem sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Stimme enthalten haben, unterstrich in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich die Wehrbeauftragte, Claire Marienfeld, und zitierte:

„Deutschland kann heute auf die läng-

ste Friedenszeit in der modernen Geschichte zurückblicken. Unsere Bundeswehr hat dazu an der Seite unserer Verbündeten ganz entscheidend beigetragen.“

An den „grundlegenden Neuanfang“ hat Bundesverteidigungsminister Volker Rühle in seiner Rede erinnert und an die Ideen der preußischen Reformen um General von Scharnhorst, die schon Anfang des letzten Jahrhunderts wußten, daß Freiheit und Mitverantwortung, Staatsbürger und Soldat, Landesverteidigung und Wehrpflicht zusammengehören.

Allein die Berufung auf diese Tradition zeige, so Rühle, wie absurd es ist, „Soldaten der Bundeswehr und Mörder in einem Atemzug zu nennen“, und wie geboten es ist, den Dienst unserer Soldaten als „Ehrendienst“ zu würdigen und auch zu verteidigen.

sungsgericht an. „Damit ist die sogenannte ‚Reformpolitik‘ der SPD-Regierung in wesentlichen Teilen offenkundig verfassungswidrig.“ Einen solch liederlichen Umgang mit dem Grundgesetz verträge das Land nicht. Es müsse vielmehr die Maxime politischen Handelns sein, das Rechtsbewußtsein zu fördern. Deshalb dürfe es auch keine Entkriminalisierung sogenannter Bagatelldelikte geben, weil dadurch das Rechtsbewußtsein untergraben werde.

### Neues Gemeinschaftsgefühl

Das Programm der CDU sei ein Zukunftsentwurf für Schleswig-Holstein, eine Visi-

on für das 21. Jahrhundert. Diese Vision wolle die CDU mit den Menschen gestalten und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Es gehe darum, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Schleswig-Holstein brauche ein neues Gemeinschaftsgefühl, so wie es Justus Frantz mit dem Schleswig-Holstein Musik-Festival geschaffen habe.

„Das ist unser Ziel als Schleswig-Holstein-Partei, und das ist mein Ziel für die Menschen, die hier leben, aus Liebe zum Land Schleswig-Holstein. Dafür arbeiten wir, und dafür kämpfen wir. Ich bin sicher. Auf diesem Weg werden wir in Schleswig-Holstein die Zukunft gewinnen“, sagte Otfried Hennig abschließend.

# Schulung der CDU-Beauftragten

Von vielen Verbänden, die jetzt ihre Mitgliederwerbeaktion durchführen, erreichten die CDU-Bundesgeschäftsstelle in den letzten Wochen Anfragen rund um das Thema Schulung der CDU-Beauftragten. Damit auch Sie sich über unser Angebot ein Bild machen können, nachfolgend einige Informationen zu den Schulungen:

Der Kreisvorstand hat die Durchführung einer Mitgliederwerbeaktion beschlossen. Alle Ortsvorsitzenden sind darüber informiert und aufgerufen mitzumachen. Erste Maßnahme sollte die Berufung eines Aktionsleiters sein, der sich nur mit dieser Aktion befaßt. Der wichtigste Schritt ist dann die Durchführung der Adressensammlung von CDU-nahestehenden Personen. Diese Adressensammlung sollte auf allen Parteebenen stattfinden. Alle Ortsverbände wählen dann ihre CDU-Beauftragten, die gemeinsam mit anderen Mitgliedern (CDU-Dialogpartner) die Werbegespräche durchführen.

## Terminvereinbarung

Der Schulungstermin sollte unmittelbar vor Beginn einer Besuchsaktion stattfinden. Sobald alle o. g. Maßnahmen durchgeführt sind, setzt sich der Aktionsleiter mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle (Tel. 02 28/5 44-3 78 oder 5 44-2 82) bezüglich eines Schulungstermines der CDU-Beauftragten in Verbindung. Die optimale Teilnehmerzahl beträgt 20 Personen. Sollten Sie in Ihrem Kreisverband diese Anzahl nicht zusammenbekommen, setzen Sie sich doch mit dem Nachbarkreisverband in Verbindung. Damit sich der Referent für die Schulung ganz speziell auf die Besonderheiten Ihrer Aktion einstellen kann, bitten wir um das schriftliche Konzept sowie eine Mitteilung über den Stand Ihrer Aktion.

## Schulung

Schulung muß sein! Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet Schulungen für CDU-Beauftragte mit professionellen Referenten an. Diese Schulungen werden vor Ort durchgeführt und dauern etwa 4 Stunden. In diesen Schulungen wird die Organisation einer Mitgliederwerbeaktion, die notwendigen Vorbereitungen für die Werbegespräche wie Zeitplan, notwendige Materialien usw. besprochen. Kernstück der Schulung ist das durchzuführende Werbegespräch. Die Teilnehmer an diesen Schulungen werden danach mit Seminarunterlagen und einem Film ausgestattet, so daß sie selbst in der Lage sind, das Erlernete in ihrem Verband weiterzuvermitteln.

**Aktion 100.000  
Gespräche**

## Kosten

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle trägt die Honorarkosten und die Spesen für den Referenten. Der einladende Kreisverband muß für die Raumbeschaffung, Seminar Getränke, Aufstellen eines Fernsehers mit Videorecorder und die Übernachtung des Referenten sorgen.

Bitte haben Sie Verständnis, daß die CDU-Bundesgeschäftsstelle aus finanziellen und personellen Gründen diese Schulungstermine nur auf Landes- oder Kreisverbandsebene durchführen kann. Interessierte Ortsverbände bitten wir, sich mit ihren Kreisverbänden abzusprechen.

**Sollten Sie weitere Fragen haben, rufen Sie uns an. Wir stehen Ihnen gerne hilfreich zur Seite:**

**CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, Tel. (0228) 5 44-378 oder 5 44-2 82.**

## WEIHNACHTEN MIT DER

CDU



## ◀ Harmonie in Sinfonie

ist der Titel unserer neuen Klassik-CD, mit der wir die Reihe der erfolgreichen CDU-Sonderproduktionen fortsetzen. Mit Werken von Schubert, Mozart, Telemann, Haydn und Mendelssohn enthält diese CD eine harmonische Zusammenstellung klassischer Sinfonien. Rechtzeitig zur Weihnachtszeit ist diese CD ab sofort in unserem Versandzentrum erhältlich.

(Gesamtspieldauer ca. 64 Minuten).

Bestell-Nr.: 9116

Preis je Expl.: 7,80 DM zzgl. MwSt.

**CDU-Aus-**  
**stechformen-**  
**Set**

Durch die Ausstechförmchen der CDU können Sie z. B. beim Weihnachtsbasar oder an den Info-Ständen Ihres Ortsverbandes leckeres CDU-Gebäck anbieten.

Bestell-Nr.:

**9109**

Verpackungseinheit: 10 Sets  
Preis je 10 Sets:  
17,00 DM



# Advents- und Weihnachtslieder



**CDU**

## ◀ Advents- und Weihnachts- liederbuch

Alle Jahre wieder ist es eine schöne Tradition, z. B. im Kreis der Familie oder mit Freunden einen gemütlichen Adventssonntag mit Tee, Gebäck und vorweihnachtlicher Hausmusik zu verbringen. Doch Hand auf's Herz! Kennen Sie alle Texte und Noten auswendig?

Bestell-Nr.: **2867**

Verpackungseinheit:  
25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM



## ▲ CDU-Geschenkpapier

Festlich schenken und verpacken mit dem Geschenkpapier der CDU. Dieses Geschenkpapier ist mit einem Rapport aus Länderwappen und CDU-Logo versehen und ist deshalb zeitlos für alle festlichen Anlässe einsetzbar. Da wir zudem auch

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand\*

### Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

**Fax (0 54 23) 4 15 21**

(\*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

den Umweltschutz nicht außer acht lassen, wurde dieses Geschenkpapier zu 100 Prozent aus Altpapier hergestellt.

Bestell-Nr. **9592**

Verpackungseinheit: 20 Bogen

Preis je Verpackungseinheit: 19,60 DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

# Nie wieder Sozialismus?

## Die Ziele der SED-Fortsetzungs-Partei

Eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS

### ● Nie wieder Sozialismus?

Bestell-Nr.: 5119

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 24,- DM

### Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64  
33759 Versmold • Fax (05423) 4 15 21  
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

# UiD

37/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:  
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~VVA~~ Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.